



Michael Preis

„Südosteuropäische Zuwanderer“: über einige Missverständnisse sowie ein paar Vorschläge, was zu tun ist

„Diese irischen Arbeiter, die für vier Pence (...) nach England herüberfahren – auf dem Verdeck der Dampfschiffe, wo sie oft so gedrängt stehen, wie Vieh – nisten sich überall ein. Die schlechtesten Wohnungen sind übrigens gut genug für sie; ihre Kleider machen ihnen wenig Mühe, solange sie nur noch mit einem Faden zusammenhalten, Schuhe kennen sie nicht; ihre Nahrung sind Kartoffeln und nur Kartoffeln – was sie drüber verdienen, vertrinken sie, was braucht ein solches Geschlecht viel Lohn? Die schlechtesten Viertel aller großen Städte sind von Irländern bewohnt; überall, wo ein Bezirk sich durch besonderen Schmutz und besonderen Verfall auszeichnet, kann man darauf rechnen, vorzugsweise diese keltischen Gesichter anzutreffen. (...) Die Mehrzahl der Familien, die in Kellern wohnen, ist fast überall irischen Ursprungs. (...) Auch den Schmutz und die Trunksucht haben sie mitgebracht. Diese Unreinlichkeit, die auf dem Lande, wo die Bevölkerung zerstreut lebt, nicht so viel schadet, die aber dem Irländer zur anderen Natur geworden ist, wird hier in den großen Städten durch ihre Konzentration erst schreckenerregend und gefährbringend. Wie es der Milesier (d.h. Ire. M.P.) zu Hause gewohnt war, schüttet er auch hier allen Unrat und Abfall vor die Haustüre und bringt dadurch die Pfützen und Kothaufen zusammen, die die Arbeiterviertel verunzieren und die Luft verpestet. Wie zu Hause baut er sich seinen Schweinestall ans Haus, und wenn er das nicht kann, so lässt er sein Schwein bei sich im Zimmer schlafen. Diese neue abnorme Art von Viehzucht in den großen Städten ist ganz irischen Ursprungs; der Irländer hängt an seinem Schwein, wie der Araber an seinem Pferd, nur dass er's verkauft, wenn es zum Schlachten fett genug ist – sonst aber isst er mit ihm und schläft mit ihm, seine Kinder spielen mit ihm und reiten darauf und wälzen sich mit ihm im Kot, wie man das in allen großen Städten Englands Tausende von Malen sehen kann. Und was dabei für ein Schmutz, für eine Unwohnlichkeit in den Häusern selbst herrscht, davon kann man sich keine Vorstellung machen. Möbel ist der Irländer nicht gewohnt – ein Haufen Stroh, ein zerbrochener Stuhl, eine alte Kiste statt des Tisches, mehr braucht er nicht; ein Teekessel, einige Töpfe und Scherben, das reicht hin, um seine Küche, die zugleich Schlaf- und Wohnzimmer ist, auszurüsten. Und wenn es ihm an Feuerung mangelt, so wandert alles Brennbares in seinem Bereich, Stühle, Türpfosten, Gesimse, Dielen, wenn sie ja da sein sollten, in den Kamin.“

(Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England, Leipzig 1845)

Hinterwelt

Der oben beschriebene Zustrom irischer Arbeiter nach England hat nachweislich weder zum Untergang des Abendlandes noch des britischen Königreichs geführt. Zur Geschichte der Industrialisierung gehört als eine ihrer konstituierenden Voraussetzungen von Anfang an die Landflucht. Von Armut oder unzureichenden Lebensbedingungen getriebene Bevölkerungsgruppen drängten von der Peripherie in die Zentren der Entwicklung. Die avancierte Fabrikgesellschaft stieß dabei in Deutschland unmittelbar auf die Hinterwelt der Bauernsöhne aus Eifel, Hunsrück und Bayerischem Wald, später aus Masuren, Sizilien oder Anatolien.

Migration und das damit verbundene kontinuierliche Update des kulturellen Tableaus aus ungleichzeitigen agrarischen und urbanen Versatzstücken gehören insofern zur Grundbefindlichkeit der Industriegesellschaft hier und anderswo. Wenn man drei oder vier Generationen zurückgeht, haben vermutlich die meisten von uns einen Migrationshintergrund. Und der Weg vom jahreszeitlichen Rhythmus eines kärglichen Bauernhofs im Hunsrück am Ende des 19. Jahrhunderts zur getakteten Fabrikdisziplin der Firma Krupp in Essen maß sich nicht in Kilometern, sondern in technischer, ökonomischer und kultureller Differenz. Er konnte länger sein als heute in der digitalisierten Welt die Entfernung von hier bis zum Schwarzen Meer.

Schmuddelkinder

Das Befremdliche ist dabei sowohl vorgefunden als immer auch konstruiert. Nach der Asylantenpanik in den neunziger Jahren – Spiegel-Titel: Das Boot ist voll – samt den davon ermutigten völkischen Korrekturversuchen u.a. in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen sowie den zahlreichen Alarmmeldungen über Muslime in Deutschland, in deren Gefolge sich überraschend herausstellte, dass der deutsche Mann sich als Vorkämpfer für die Befreiung der türkischen Frau vom Kopftuch von niemandem übertreffen lässt, geisterte vor einigen Jahren unversehens ein neues schreckerregendes Nachtgespenst durch Talkshows und Gazetten: die sogenannten Neuen städtischen Unterschichten. Die Barbaren nicht etwa vor der Stadt, sondern intra muros!

Sie waren angeblich vorrangig an tages- und bewusstseinsfühlendem Konsum von Unterhaltungselektronik orientiert mit der



Folge, bildungsresistent durch exzessives Unterschichten-Fernsehen zu sein. Übergewichtig, unsportlich und geschmacklos waren sie, weder leistungs- noch aufstiegsorientiert, nicht nur arbeitsentwöhnt, sondern auch sexuell verwahrlost und lebten vielfach in heruntergekommenen Familiendynastien, dem sogenannten Sozialhilfeadel, der sich über die promiskuitive Produktion zahlreicher meist unehelicher Kinder staatlich alimentieren ließ. Dass es sich dabei um gehobene Latrinenparolen von unter fortgeschrittener Statusverunsicherung leidenden Mittelschichtvertretern handelte und sich so gut wie keine dieser Zuschreibungen mit methodisch belastbaren sozialwissenschaftlichen Untersuchungen erhärten ließ, d.h. die ganze Neue städtische Unterschicht vor allem eine nahezu empiriefreie Projektion war, tat dem Spektakel keinen Abbruch.

Erhärten ließ sich, dass es eine momentan wachsende Armutsbevölkerung gab, wie sie seit 150 Jahren in unterschiedlichem Umfang Begleiterscheinung der Industrialisierung ist. Um davon überrascht zu sein, musste man aber schon in den journalistischen Parallelgesellschaften der Edelfedern von Stern, Spiegel, Bild und anderer Kathedralen des Geistes leben. Bei seriöser sozialwissenschaftlicher Betrachtung als unhaltbar erwies sich die These, dass sich diese Armutsbevölkerung in quantitativ relevanten Dimensionen in ihren Grundorientierungen und zentralen Wertesystemen von Mitgliedern anderer lohnabhängiger Bevölkerungsgruppen substantiell unterschied und ihre marginalisierte Position insofern quasi selbsterzeugtes Ergebnis einer kulturellen Abweichung war. Von der Wirklichkeit ungetrübte bescherte diese These aber immerhin einer Reihe von alarmistischen Scharlatanen von Heinz Bukowsky über Thilo Sarrazin bis Walter Wüllenweber einträgliche Auflagen und ungezählte Fernsehauftritte und erzeugte ein Rauschen im Blätterwald, das erfüllt war von Moralpanik und auf Diskriminierung beruhenden Distinktionsgewinnen.

Seit einiger Zeit scheinen diese Neuen Unterschichten nun einen Nachfolger gefunden zu haben in Gestalt der sog. „südosteuropäischen Zuwanderer“, die einen Schauer durchs Land jagen wie dereinst die Türken vor Wien. Viele der aus Rumänien und Bulgarien kommenden Zuwanderer – Roma oder nicht – sind hervorragend ausgebildete Fachkräfte. Nur ein kleiner Teil sind nach ihrem eigenen Verständnis Roma. Dennoch wird sich der Begriff „südosteuropäische Zuwanderer“, so wie der politische Diskurs zur Zeit aufgeladen wird, auf der nach unten offenen Stammtisch- und Chatroomskaala aus dem Repertoire der antiziganistischen Wahnvorstellungen bedienen. So wie der Antisemitismus keine Juden braucht, phantasiert sich auch der Antiziganismus seine Roma zurecht. Auf Zahlen kommt es ebenfalls nicht an. Der seinerzeit zuständige Innenminister Friedrich beschied der EU, die eine Quantifizierung des angeblichen Problems verlangte, sein Ministerium sei schließlich kein Statistikbüro.

Zuwanderung als chronischer Normalzustand

Spräche man zu vernunftgeleiteten Menschen, könnte man darauf hinweisen, dass es kaum eine Eigenschaft gibt, die auf alle zutrifft, die sich Roma nennen oder so genannt werden. Es gibt bei ihnen Landfahrer und Menschen, die seit Menschengedenken sesshafte Bauern sind, landlose Saisonarbeiter und grundbesitzende Familien. Es gibt Sippen, die wie die Schwarzen in den USA bis ins 19. Jahrhundert in Leibeigenschaft gehalten wurden. Es gibt erfolgreiche Unternehmer, Kriminelle und schwer arbeitende Straßenbauarbeiter. Es gibt Slumbewohner und Hausbesitzer, Analphabeten und erstklassige und weltbekannte Musiker und Schauspieler sowie Menschen, denen irgendeine Form musischer Kreativität nicht gegeben ist. Bei vielen ist die Muttersprache nicht Romanes, sondern die Landessprache, für andere Romanes die Sprache, mit der sie sich in ganz Europa verständigen, und dies durchaus mit unterschiedlichen Dialektausformungen. Bayern und Sachsen behaupten ja auch beide, deutsch zu sprechen. Keineswegs alle verbrennen ihren Wohnwagen, wenn darin jemand gestorben ist; schon deswegen nicht, weil die meisten sich gar keinen leisten können oder wollen. Und ihr Verhältnis zu den Gadje ist bunt wie das Leben. Ihnen gemeinsam ist, dass man sie als die ersten Europäer bezeichnen könnte; eine Eigenschaft, mit der sie einigen bayerischen Politikern um Jahrhunderte voraus waren.

Welchen Sinn es macht, sie alle über einen Kamm zu scheeren? Die xenophobe Psychopathologie neigt zu homogenisierten Wahnvorstellungen. Als ängstlicher Mensch sieht sich der Patient von Fremden umzingelt. Differenzierte Einzelbetrachtungen würden für sein unterkomplexes Gemüt die stützende Aufteilung der Welt in „WIR“ und „DIE ANDEREN“ gefährden. Das Othering, d.h., die Strategie, eine Bevölkerungsgruppe zu „Anderen“ zu machen ist die Voraussetzung für deren herabsetzende Ausgrenzung. Ohne sie wird der Kranke von Angst vor den Fremden überschwemmt. Die „südosteuropäischen Zuwanderer“ sind für dieses paranoide Syndrom als Projektionsfläche bestens geeignet. Und einige Politiker sind niederträchtig genug, es zu bedienen.

Nach den Hunnen, den Mongolen und den Türken – immer aus dem Osten – kommen nun also die Rumänen und Bulgaren. Für die bundesdeutsche Gesellschaft, die in ihrer Mehrheit Besseres zu tun hat, sollte es inzwischen nicht schon wieder um den mal gerade wieder aktuellen Angstmacher gehen. Es geht stattdessen allmählich mal um die Frage, wie lange sie eigentlich immer wieder die Meinungsführerschaft Leuten überlassen will, die versuchen, aus diesem Land im Quartalsabstand eine Offene Psychiatrie zu machen, nur weil sie nicht bereit sind, zum Arzt zu gehen. Das wird man Herrn Sarrazin ja wohl noch mal sagen dürfen. Es geht darum, ob diese Gesellschaft heute, morgen und übermorgen endlich mal ein Verhältnis zur Zuwanderung entwickelt, wo nicht aus jeder



neu ankommenden Gruppe die Tartarenmeldung wird: Das Haus brennt! Zuwanderung ist der chronische Normalzustand der Industriegesellschaft seit wir sie kennen und der Dienstleistungsgesellschaft nicht weniger und die Globalisierung wird wegen einer Schweizer Volksabstimmung nicht zur Idiotie des Landlebens zurückkehren. Die Ankunft neuer Gruppen ist business as usual. Da muss man nicht jedes mal wieder von neuem den Feuerreiter durchs Dorf jagen.

Was tun?

Vielleicht können ein paar eher operative Anmerkungen nützlich sein. Eine aus den USA stammende Strategie der Sozialen Arbeit nennt sich Gemeinwesenarbeit (GWA). Nach verschiedenen konzeptionellen Modifikationen, die hier nicht weiter dargestellt werden können, firmiert diese GWA im Zuge der auch terminologischen Anbiederung der Sozialen Arbeit an die Ökonomie heute vielfach unter dem Etikett Quartiersmanagement – wenngleich es sich dabei inzwischen zu oft nur noch um real zu wenig beteiligungsorientierte und administrativ überfrachtete Schmalspurvarianten der ursprünglichen Strategie handelt.

Dieser gemeindebezogene Ansatz stand von konservativer Seite chronisch unter dem Verdacht, von antiinstitutionellen Ressentiments getragen zu sein und bei den unteren Bevölkerungsschichten Aufruhr und Unordnung Vorschub leisten zu wollen. Auf dem linken politischen Spektrum wurde ihm unterstellt, es handele sich um eine weit ins Vorfeld verlegte Aufstandsbekämpfungsstrategie, er diene durch vorgetäuschte Partizipationsangebote und institutionelle Modernisierung nur der Kolonisierung der Lebenswelt und mithin der Stabilisierung ungerechter Verhältnisse. Diese Einschätzung beruht allerdings auf beiden Seiten des politischen Spektrums auf einer traurigen Verknennung der Gefechtslage. Ein Quartiersmanagement, das auf dem Niveau der in den marginalisierten Stadtteilen vorfindbaren Problemlagen operiert, würde von folgenden Maximen auszugehen haben:

- Der Stadtteil ist ein stillgelegter Bürgerkrieg. Die vorrangige Aufgabe einer quartiersbezogenen Strategie ist es, diesen Bürgerkrieg latent zu halten. Eine fortschreitende Erosion der Bindungsfähigkeit der Milieus von Parteien und Gewerkschaften, Sportvereinen bis zu Kirchen- und Moscheegemeinden, ein Abbau der Funktionsfähigkeit kommunaler und staatlicher Institutionen und eine zunehmende Atomisierung der sozialen Strukturen durch eine Verschärfung der materiellen Situation vieler Familien würde mit der damit einhergehenden Verwilderung der Sitten und der zunehmenden Beschädigung solidarischer Organisationsfähigkeit beileibe nicht zu einem Aufstand gegen die Obrigkeit führen.
- Stattdessen käme es zu zugespitzten horizontalen Konflikten zwischen sozialen, ethnischen, nationalen und religiösen Gruppen, sprich zu einer Aufkündigung des sozialen Friedens im Stadtteil zu Lasten der in der lokalen Hack-

ordnung am meisten Marginalisierten und am wenigsten Durchsetzungsfähigen. Und wie schnell auch sogenannte gutsituierte Quartiere die wohlerzogene Fassung verlieren können, lässt sich erleben, wenn dort eine Flüchtlingsunterkunft eingerichtet werden soll und das auf die ungenierte Forderung trifft, dass die praktische Integration zuwandernder Gruppen gefälligst in den Problemvierteln passieren soll, durch die man selber allenfalls mit blockierten Autotüren und Privacy Glas fahren würde. Wenn man schon zu wenig Steuern zahlt, will man wenigstens dieses Gesindel nicht vor der Tür.

- Ziel der Arbeit ist nicht in erster Linie die Förderung von Miteinander, Zuneigung und Völkerverständigung im Stadtteil zwischen Menschen aus den unterschiedlichen Gruppen. Frau Meyer redet nicht mit Frau Schulze. Warum soll sie mit Frau Erdogan reden? Man soll die Erwartung an gegenseitige Sympathie nicht übertreiben. Wenn sie trotzdem entsteht: umso besser. Und der gutgemeinte sozialpädagogische Rat „Die Menschen müssen sich besser kennenlernen“ führt gelegentlich zu der Antwort: Wir kennen uns. Das ist ja das Problem.

Sich über Nachbarn welcher Herkunft auch immer aufzuregen, kann zutiefst berechtigt sein. Müll im Vorgarten oder abgebrochene Rückspiegel am Auto machen unendlich. Leuten zu erzählen, sie sollten doch auch die bereichernden Aspekte dieser Situation sehen, macht sie, so lehrt die Lebenserfahrung, noch unleidlicher. Die Aufgabe des Quartiersmanagements besteht ggf. darin, eine Bühne für die Beteiligten zu organisieren, dem wahnhaften Teil des Konflikts eine Ausdrucksmöglichkeit mittlerer Reichweite zu geben ohne ihn abendfüllend werden zu lassen, um sich dann deutlich den bearbeitbaren Faktoren der Situation zuzuwenden und für letztere mit den Beteiligten, die an Lösungen und nicht an Lamentieren interessiert sind möglichst wirksame Bearbeitungsschritte zu entwickeln. Man muss dabei mit den Beteiligten im Kontakt, aber nicht nett sein. Um Bearbeitungsschritte tatsächlich wirksam werden zu lassen, kann es in der Folge erforderlich sein, sich – mal so, mal so – in geeigneter Weise mit zuständigen Instanzen oder Institutionen anzulegen, z.B. die Wohnungsaufsicht zum Jagen zu tragen. Das fördert à la longue den lebensweltadäquaten Modernisierungsprozess im Quartier.

Wer entscheidet was?

Damit verbunden ist die scheinbar einfache Frage: Was ist eigentlich ein Problem? Wenn man richtigerweise davon ausgeht, dass auch Stadtteilbewohner eine problemdefinierende Kompetenz haben – und nicht nur Politik und Verwaltung – führt das zur nächsten Frage: Wer hat diese Definitionskompetenz im Fall des Falles? Wer entscheidet konkret? Wenn fünf schwarzhäufige Jugendliche rauchend auf dem Bürgersteig stehen, halten manche das für ein Problem. Wer entscheidet dann? Die Jugendlichen? Das Dauerwellengeschwaader aus dem nächsten Seniorenklub? Die Bezirksvertretung?



In Wahrnehmung von wessen Interessen? Die Raster deutsch- ausländisch, oben-unten, jung-alt sind wenig hilfreich und tragen nicht besonders weit. Jugendliche, auch türkische, können ätzend sein – deutsche Omas auch. Nicht immer hat der Recht, der am lautesten schreit. Wer sagt ihm dann, er soll den Mund halten? Nur weil der Werbering sich über die Tamilen auf dem Aldi-Parkplatz aufregt, hat er damit nicht unbedingt Recht. Und auch, wenn es eine Flüchtlingsfamilie ist, die offenbar Schwierigkeiten hat, die Rechte ihrer Nachbarn zu respektieren, können miet- oder ordnungsrechtliche Leitplanken den diesbezüglichen Lernprozess unterstützen. Diese Jonglage von stadtteilbezogener Ermächtigung und Eindämmung muss einigermassen so gesteuert werden, dass es nicht die Sprachlosen und schlecht Organisierten sind, die beim quartiersinternen struggle for life regelmäßig unter die Räder kommen. Und was auch nicht geht, ist die Gewichtung nach der Peter Gauweilerschen Maxime „Wir warn zuerst da“.

Ziel ist auf dem Hintergrund des real existierenden lokalen Tohuwabohus ein geregeltes Nebeneinander im Quartier. Dafür braucht man im Stadtteil neben einem bunten, vernetzten und vernetzenden Patchwork bewohnergetragener Interessengruppen im Backstagebereich der vorhandenen institutionellen, partizipativen und politischen Gremien eine gut funktionierende, im wesentlichen informelle Verhandlungsinfrastruktur zwischen Personen, Organisationen und Institutionen, die im Konfliktfall auf dem kurzen Dienstweg und auf Zuruf mobilisiert werden kann und die sowohl über die Kontakte, als auch über die Autorität verfügt, um aktuelle Konflikte beizulegen und Brandherde auszutreten, bevor größere Flurschäden entstanden sind.

Im Ernstfall – und der ist in einigen deutschen Städten nicht mehr hypothetisch – bedeutet das einen ostentativen Schulterchluss der lokalen Autoritäten möglichst aller Gruppen und Organisationen im Stadtteil, der deutlich macht: Wir lassen unseren Stadtteil nicht von irgendwelchen angesengten Vollpfosten kaputtmachen. Wer hier aus welchen Gründen auch immer den Brandstifter für den sozialen Frieden im Quartier geben will, soll sich warm anziehen. Er hat uns gemeinsam auf der Gegengraden und wir sind gemeinsam bereit, ihm zu zeigen, was Marginalisierung bedeutet.

Im Übrigen: Dass ein so verstandenes, als Struktur agierendes Quartiersmanagement, das sowohl kommunikativ als auch repressiv die gesamte Klaviatur der institutionellen, administrativen und politischen Möglichkeiten bespielt, nicht mit politischer Auftragserteilung und ausreichender Mittelausstattung in allen sogenannten national befreiten Zonen so lange eingesetzt wird, bis der Spuk verschwunden ist, ist ein veritables aktuelles Staatsversagen.

Elend macht nicht nett

Materielle Armut, Rechtlosigkeit, politische Verfolgung und Perspektivlosigkeit machen jemanden eher im Ausnahme-

fall zum besseren Menschen. Elend macht oft nicht nett und eine diffuse Idealisierung der Zuwanderer ist insofern nur eine Kehrseite von Rassismus, die ihnen nicht hilft. Manche bringen Überlebensstrategien mit, die hierzulande weder für sie noch für andere angemessen sind. Das muss man ihnen ggf. mit der gebotenen Unfreundlichkeit in einer Sprache sagen, die sie verstehen. Natürlich gibt es Neubürger, die klauen, gewalttätig sind oder im Hausflur nicht grüßen. Aber, wie in „Hart aber fair“ vor kurzem jemand bemerkte, es gibt ja auch Journalisten, die Schmierlappen sind und aus solchen Vorkommnissen eine Hetzkampagne machen. Deswegen würden wir ja nicht Journalisten generell diffamieren. Dass mit dieser Bemerkung offenbar Anwesende gemeint waren, gab der Sendung übrigens einen besonderen Charme.

Bob Dylan oder Hansi Hinterseer?

Die obligatorische Forderung, die Zuwanderer sollen sich integrieren – quasi die tibetanische Gebetsmühle der Migrationsdebatte – macht bei näherer Betrachtung eher ratlos. Was ist damit gemeint? Was heißt das z.B. für ihre Kleidung? Sollen sie Jeans tragen? Lederhose? In Hamburg? Oder Anzug? Ist Baseball-Kappe, Anglerhut oder Prinz-Heinrich-Mütze integriert – Kopftuch aber nicht? Sollen die Frauen aussehen wie Inge Meysel als Marktfrau? Oder lieber wie Claudia Roth in Bayreuth? Was sollen sie essen? Deutsche Küche? Was heißt das? Weißwurst? Oder Grünkohl mit Pinkel? Sind Pommes noch deutsch? Oder besser Bratkartoffeln? Was ist mit Spaghetti? Und welche Musik? Beethoven? Klaus Doldinger? Bob Dylan? Hansi Hinterseer?

Gerade diejenigen, die ansonsten am lautesten den Wertewandel, die entwurzelte neue Unübersichtlichkeit, gar den Werteverfall beklagen, tun so, als ob es noch so etwas wie eine ideelle, durchschnittlich repräsentative Gesamtschablone gäbe, nach deren Muster der/die Deutsche gestrickt ist. Quasi ein irgendwo im Kyffhäuser verborgenes Deutsches Urmeter als Maßstab. Man weiß inzwischen: hat es noch nie gegeben, was heute auch dem Dümmersten auffällt. Und auch wenn man ein totes Pferd wie die Deutsche Leitkultur reitet, wird man nach spätestens drei Tagen feststellen, dass man jetzt wirklich besser absteigt, weil es einen nirgendwo mehr hinbringt.

Es gibt allerdings eine Richtschnur von ergreifender Schlichtheit, die für alle – ob Zuwanderer oder nicht – ohne wenn und aber zu beachten und ohne weitere Rückfragen durchzusetzen ist. Das ist die Einhaltung der bestehenden Gesetze. Bei Migranten ist das angeblich ein Problem. Dazu ein paar exemplarische Bemerkungen aus Essen, wo ich die Situation eine Zeitlang beobachten konnte: Die Jugendkriminalität bei den Zahnarztkindern in Essen Bredeney – u.a. Wohnsitz der Familie Albrecht sowie weiterer, sagen wir: materiell auch nicht bedürftiger Haushalte – lag, soweit der Polizei bekannt, deutlich unter derjenigen von Jugendlichen aus dem nördlich gelegenen ehemaligen Zechenstadtteil Katernberg, einem Quartier mit einer hohen Quote von Migrantenjugendlichen mit wie-



derum überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit. Wer daraus die intellektuell schlichte, wenngleich populäre Schlussfolgerung zieht man wisse ja von Roland Koch, Migrantenjugendlicher sei quasi ein Synonym für kriminell outet auch beim angeführten Beispiel seine Sicht der Dinge aus mindestens zwei Gründen als unterbelichtet:

- **a)** Im 30 Autominuten entfernten Düsseldorf gibt es eine auf die Angestellten zahlreicher dort residierender japanischer Handelshäuser und Unternehmen ausgerichtete Infrastruktur mit Banken, Arztpraxen, Restaurants, Buchläden sowie eine japanische Schule samt Kindergarten. Die Kriminalitätsrate unter den Nachkommen dieser in Düsseldorf lebenden japanischen Finanzdienstleister, Architekten und Designer gilt bisher als unauffällig. Und obwohl in den japanischen Läden die Preisschilder z.T. japanisch beschriftet sind, für den deutschen Durchschnittsbesucher also schier unlesbar, wurde hier bisher weder die Forderung nach Integration erhoben, noch wurde eine ostasiatische Parallelgesellschaft beklagt. Wir lernen daraus: Jugendkriminalität ist keine Frage des ausländerrechtlichen Status, auch nicht der ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit, sondern der sozialen Situation. Und auch beim Aufregthema räumliche Konzentration, oft mit dem hierfür unsinnigen Begriff Ghetto bezeichnet, geht es nicht um ethnische oder nationale Zugehörigkeit, sondern um Armut und soziale Perspektiven. Wer die jeunesse dorée begüterter Akademikerhaushalte mit den arbeitslosen Nachkommen von Industriearbeitern oder analphabetischen Flüchtlingen vergleicht, verwechselt Äpfel mit Tennisbällen und leidet möglicherweise unter statusabhängiger statistischer Legasthenie.
- **b)** Es gab in Katernberg eine Phase, in der die Jugendkriminalität im Stadtteil weitgehend das unerfreuliche Werk von Migrantenjugendlichen war. Insbesondere bei der die größten Flurschäden anrichtenden Gruppe der sogenannten Intensivtäter, das sind Jugendliche mit fünf oder mehr Straftaten im Jahr – es können auch 65 sein – handelte es sich fast ausschließlich um Migranten, die, wie der zuständige Kriminalhauptkommissar das ausdrückte, bei der Polizei arbeiten ließen. Um das in aller unzulässigen Verkürzung und mit der uns eigenen Bescheidenheit zu sagen: Nach einem mehrere Jahre dauernden intensiven und filigranen Prozess innerinstitutioneller Entwicklung bei Jugendamt, Polizei, Jugendgerichtshilfe, Jugendhilfe der Wohlfahrtsverbände, Schulen und weiterer involvierter Organisationen, dem Aufbau situationsadäquater und dichter Kooperationsstrukturen unter regelmäßiger Einbeziehung von Politik, lokalen Geschäftsleuten, Kirchen und nicht zuletzt der Moscheen sowie einem Bündel von Einzelmaßnahmen und Projekten, die nicht einfach additiv hintereinandergeschaltet, sondern immer wieder auch unter dem Aspekt Kontakt, Vernetzung und Selbsthilfe zusammengeführt wurden, wurde eine Situation erreicht, in der es in dem Stadtteil mit der höchsten

Migrantenquote Essens, mit Jugendlichen aus Familien türkischer, arabischer, russlanddeutscher und russischer Herkunft unter den Intensivtätern keinen einzigen Migranten mehr gab.

Daraus lernen wir: Die sogenannten Parallelgesellschaften, sofern sie denn mehr als eine xenophobe Projektion sind, sind in erster Linie ein Armutszeugnis der zuständigen Institutionen vom Kindergarten über Schule, Jugendhilfe und Wohnungsämter bis zu den Repressionsapparaten von Polizei und Justiz, die in skandalöser Weise hinter den Entwicklungen im Quartier herlaufen, wenn sie es nicht vorziehen, gleich liegen zu bleiben. Was dabei Anteile der handelnden Personen, was konzeptioneller Ermüdungsbruch und was durch politische Fehlentscheidungen herbeigeführte obstruktive Rahmenbedingungen sind, kann hier nicht erörtert werden. Dass die Funktionsqualität der lokalen institutionellen Netze immer noch zu oft nur suboptimal und unter ihren Möglichkeiten ist, kann als gesichert gelten. Als gesichert gelten kann vor allem aber auch, dass der schlanke Staat der große Bruder der Parallelgesellschaft ist.

Schließlich: Die sogenannten städtischen Problemstadtteile sind kein Schandfleck, der die hippe Performance des Stadtmarketings ruiniert, sondern Integrationsmaschinen der Industriegesellschaft, Brückenköpfe, in denen Fremde eine neue Heimat aufbauen. In ihnen findet die Ankunft der Zuwanderer im Alltag und face to face mit den Eingeborenen statt. Sie leisten eine unverzichtbare Pionieraufgabe für die Gesamtgesellschaft. Statt sie zu mentalen oder realen no go areas zu erklären und unter Sozialklimbim abzuhaken, täte die Gesellschaft im wohlverstandenen Eigeninteresse gut daran, diese Quartiere mit den für diese Aufgabe erforderlichen Ressourcen auszustatten. Wie wir seit der Finanzkrise wissen, ist das keine Frage des Geldes, sondern der politischen Prioritätensetzung.

Michael Preis, Duisburg

Dipl.-Päd., von 1984 bis 2008 wiss. Angestellter des ISSAB (Institut für Stadtteilentwicklung, Soziale Arbeit u. Beratung) der Universität Duisburg-Essen im Quartiersmanagement des Stadtteilentwicklungsprojekts Essen-Katernberg